

Die erste Annexion

Vor 80 Jahren fiel die Wehrmacht in Österreich ein. Das Land wurde dem Nazireich angegliedert

Martin Seckendorf

Für den 5. November 1937 hatte Hitler eine Sitzung anberaumt, die nach dem Namen des Protokollanten Friedrich Hoßbach als »Hoßbach-Besprechung« in die Geschichtsschreibung eingegangen ist. Teilnehmer waren außer Hitler der Oberbefehlshaber der Wehrmacht und Reichskriegsminister Werner von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch, der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Erich Raeder sowie Reichsaußenminister Konstantin von Neurath. Hitler verkündete, man sei in eine neue Phase der Außenpolitik eingetreten. Die Gewinnung »eines größeren Lebensraumes« solle in Angriff genommen werden. Das zu erobernde Gebiet müsse landwirtschaftliche Überschüsse und Rohstoffe bieten sowie »im unmittelbaren Anschluss an das Reich« im Osten und Südosten Europas liegen. Er begründete die Expansionsrichtung mit Lehren aus dem Ersten Weltkrieg.

Sprungbrett nach Südost

Der neue Lebensraum solle abseits der Erreichbarkeit des seegewaltigen England liegen, blockadesicher und für Deutschland auf Landwegen zugänglich sein. 1914 hatte Großbritannien die Seeverbindungen gekappt und Deutschland schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Es sei sein unabänderlicher Entschluss, so Hitler, in allernächster Zeit »die deutsche Raumfrage« durch »Anwendung von Gewalt« zu lösen. »Unser erstes Ziel« ist, fuhr er fort, »die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen«. Die baldige Lösung der »Raumfrage« sei auch erforderlich, um die durch die Hochrüstung verursachte Rohstoff-, Devisen- und Nahrungsmittelkrise abzumildern. Ohne gravierende Folgen für die Versorgung der Bevölkerung sei eine so große Wehrmacht nicht zu unterhalten, so Hitler. Eine Drosselung der Rüstung oder die Senkung des Lebensstandards kämen nicht in Frage. Der Naziführer bezog sich auf eine weitere Lehre aus dem Ersten Weltkrieg: Die Unzufriedenheit der Volksmassen, die an seinem Ende in die Novemberrevolution mündete, war wesentlich von einer Hungersnot verursacht worden, der mehr deutsche Zivilisten zum Opfer gefallen waren, als im Zweiten Weltkrieg durch die Bombenangriffe der Alliierten zu Tode kamen. Beim

»zweiten Versuch«, die Weltherrschaft zu erobern, sollte die »Heimatfront« unter allen Bedingungen stabil bleiben.

Hitler meinte, man müsse schnell handeln, da »infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen« könne, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Die Lösung sei die Unterwerfung und Ausplünderung fremder Länder. Blitzartig zu führende Raubkriege wurden von da an die Grundlinie deutscher Politik.

Nach der Besprechung legte die deutsche Führung fest, dass zunächst Österreich zu erobern sei. Damit wäre die Tschechoslowakei weiter eingeengt. Der Weg nach Südosten auf der traditionellen Expansionslinie Berlin–Bagdad sei gebahnt. Österreich galt den Herrschenden in Deutschland als »Hamburg des Südostens«. Schon 1934 hatte der deutsche Militärattaché in Wien, Wolfgang Muff, darauf hingewiesen, die Bedeutung Österreichs für die deutsche Politik sei »einmal defensiver Art: Dem geschlossenen Reichsgebiet vorgelagert, versperrt es als Südostmark italienischem Vorrücken über die Alpengrenze den Weg und zwingt als Gegenbastion von Schlesien die Tschechei in den deutschen Wirkungsbereich. Offensiv aber bedeutet Österreich das Sprungbrett nach dem Südostraum Europas.«

Das Land hatte als Aggressionsziel zudem auch erhebliches Eigengewicht. Hitler meinte, durch eine »Einverleibung Österreichs« würde der »Gewinn von Nahrungsmitteln« für Millionen von Deutschen gesichert. Das sei aber nur möglich, wenn aus Österreich eine Million Menschen vertrieben würde. Außerdem böte »die Angliederung« die »Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen«.

Appeasementpolitik

Die Besprechung befasste sich auch mit den außenpolitischen Rahmenbedingungen bei »unserer Offensive nach Südosten«, wie der Reichkriegsminister von Blomberg die geplanten Aggressionen nannte. Man war sich sicher, dass das faschistische Italien die deutschen Pläne nicht stören werde. Rom war von Deutschland abhängig. Mit dem Angriff Italiens auf das souveräne Äthiopien im Oktober 1935 wurde das Mussolini-Regime international isoliert und wandte sich Hitler-Deutschland zu. Die Naziführung, wegen der Terrorpolitik im Innern und den ersten aggressiven außenpolitischen Akten ebenfalls isoliert, suchte Verbündete. Im Januar 1936 erklärte Mussolini, Italien habe nichts gegen eine Annexion Österreichs. Rom und Berlin schlossen einen Freundschaftsvertrag, und am 6. November 1937 trat Italien dem von Hitler-Deutschland initiierten Antikominternpakt bei.

Von Bedeutung war die Haltung Großbritanniens. Berlin hatte Anhaltspunkte, dass die Briten bei einem »Anschluss« Österreichs nicht intervenieren würden. London hatte sich im April 1937 geweigert, eine Garantieerklärung für die Unabhängigkeit Österreichs zu geben. Klarheit erhielten die Nazis beim Besuch des konservativen Politikers Edward Lord Halifax. Am 19. November 1937 sagte dieser zu Hitler, dass der Status quo in Europa verändert werden könne, und erwähnte in diesem Zusammenhang explizit Österreich. Man verlange aber, »dass diese

Änderungen im Wege friedlicher Evolution«, ohne den Einsatz kriegerischer Mittel erfolgen. Berlin schloss daraus, man müsse es nur »geschickt« angehen und dürfe nicht der plumpen Terrorstrategie der Jahre 1933/34 folgen. Damals hatte sich die austrofaschistische Regierung unter Engelbert Dollfuß geweigert, den österreichischen Nazis die Regierungsgewalt zu übergeben, und die NSDAP in Österreich verboten. Berlin griff zu diplomatischem Druck, Wirtschaftssanktionen und maßloser Propaganda. Die österreichischen Nazis gingen zu offenem Terrorismus über.

Der Höhepunkt des unerklärten Krieges gegen Österreich war ein Naziputsch im Juli 1934, bei dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde. Italien stellte sich daraufhin demonstrativ an die Seite Österreichs. Der Putsch scheiterte. Die Hitler-Regierung erlitt die bis dahin schwerste außenpolitische Niederlage. Das Debakel veranlasste die deutsche Führung, die Strategie zu ändern. Man griff fortan zu Mitteln der »friedlichen« indirekten Aggression und komplexen Durchdringung. Im deutsch-österreichischen Abkommen vom Juli 1936 fand die neue Linie ihren diplomatischen Ausdruck. Heuchlerisch erklärte Berlin, die volle Souveränität Österreichs zu respektieren. Wien musste allerdings zugestehen, sich wie ein »deutscher Staat« zu verhalten. Die Berliner Regierung verfolgte mit dem Juliabkommen, der durch den Putsch in die Illegalität gedrängten österreichischen NSDAP wieder Wirkungsmöglichkeiten zu verschaffen. Mehr als 15.000 österreichische Nazis wurden sofort aus der Haft entlassen. Noch am gleichen Tag ernannte der österreichische Bundespräsident die Nazivertrauensmänner Edmund Glaise von Horstenau und Guido Schmidt zu Regierungsmitgliedern.

Die neue Linie brachte den Nazis in Österreich große Erfolge. Seit Sommer 1937 erhöhte Berlin den Druck und betrieb verstärkt die Unterwanderung und Destabilisierung des Staates. Auch die Drohung, notfalls Gewalt anzuwenden, blieb als Komponente der Durchdringungsstrategie erhalten. Dem britischen Botschafter in Berlin sagte Hitler am 4. März 1938, er stehe zur »evolutionären« Entwicklung der Österreich-Frage. Sollten aber »in Österreich (...) von innen heraus Explosionen erfolgen«, so würde Deutschland »blitzschnell handeln«.

»Verhandelt wird nicht«

Von den Westmächten im Stich gelassen und den wachsenden Einfluss des Nazifaschismus auf die Politik Österreichs vor Augen, suchte Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg das Gespräch mit Hitler. Am 12. Februar 1938 traf er den Naziführer in Berchtesgaden. Hitler legte ihm einen Text vor, der einer bedingungslosen Kapitulation gleichkam. Die Unabhängigkeit Österreichs wurde nicht mehr erwähnt. Die Regierung habe ihre Außenpolitik mit der Naziregierung abzustimmen und im Innern die NSDAP vollständig zu legalisieren, hieß es. Alle Teilnehmer am Putsch von 1934 sollten rehabilitiert, der Nazi Arthur Seyß-Inquart zum Innenminister und Chef der Sicherheitspolizei und Glaise von Horstenau zum Kriegsminister ernannt werden. Die Behörde zur Lenkung der österreichischen Presse sei Naziaktivisten zu unterstellen. Der NSDAP-Vertraute und Vertreter des deutschen und österreichischen Großkapitals Hans Fischböck sollte zum Finanzminister berufen werden, mit der Aufgabe, »die Angleichung des österreichischen an das deutsche Wirtschaftssystem« vorzubereiten. Zudem wurde die

Ablösung des österreichischen Generalstabschefs Alfred Jansa verlangt, der Pläne für die Abwehr einer deutschen Aggression erarbeitete. Schon am 17. Februar ersetzte ihn Franz Böhme, der sich später als Wehrmachtsgeneral auf dem Balkan durch Massenmorde an Zivilisten hervortat.

Alle Maßnahmen, so wurde bestimmt, habe der Bundeskanzler innerhalb einer Woche durchzuführen. Als Schuschnigg einzelne Punkte besprechen wollte, entgegnete Hitler: »Verhandelt wird nicht, ich ändere keinen Beistrich. Sie haben zu unterschreiben, oder alles weitere ist zwecklos.« Unverhohlen wurde mit dem Einmarsch der Wehrmacht gedroht.

Der Sonderbeauftragte für Österreich Wilhelm Keppler meinte in einer Notiz vom 20. Februar 1938 zu der Besprechung: »Die Entwicklung der österreichischen Frage (...) (werde) nun wesentlich rascher vor sich gehen, als dies bisher angenommen wurde.« Hitler beurteilte das Abkommen am 26. Februar 1938 als »so weitgehend«, dass auf »evolutionärem Wege (...) die österreichische Frage automatisch gelöst« werde. Die NSDAP in Österreich veranstaltete Siegesfeiern. Hakenkreuzfahnen wurden offen gezeigt und die Losungen »Wir sind ein Volk« bzw. »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« skandiert. Die Schaltstellen des österreichischen Staates, der Wirtschaft und der Propaganda gerieten durch das »Abkommen« auf »legalem« Weg in die Hände der Nazis.

Das »Ultimatum von Berchtesgaden«, wie die Besprechung vom 12. Februar in einem »Manifest der Kommunistischen Partei Österreichs an das österreichische Volk« vom Juli 1938 bezeichnet wurde, bewirkte aber auch, dass sich der Widerstand gegen die nazistische Bedrohung erheblich verstärkte und politisch breiter wurde. »Über die Schranken des autoritären (Schuschnigg-)Regimes hinweg«, heißt es in dem Manifest, habe sich unter »Führung der Arbeiterklasse« eine »machtvolle Freiheitsbewegung der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes« gebildet.

Um die unheilvolle Entwicklung aufzuhalten, setzte Schuschnigg für den 13. März eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit an. In Berlin einlaufende Berichte wiesen darauf hin, dass sich die Mehrheit der Österreicher für die Unabhängigkeit aussprechen und ihre österreichische Identität zum Ausdruck bringen werde. Davor fürchteten sich die Faschisten. Innenpolitisch hatten die Nazis in Österreich nach Berchtesgaden keine Chancen mehr. Berlin verließ daher den »evolutionären« Kurs. Am 10. März wurde die Achte Armee mobilisiert. Am 11. März erging die Weisung Nr. 1 zum Einmarsch in Österreich. Hermann Göring, zweiter Mann in der Nazihierarchie, erzwang mit Ultimaten den Rücktritt Schuschniggs, die Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler und ein »Hilfessuchen« zur Entsendung deutscher Truppen.

Einmarsch und Anschluss

Am 12. März 1938 drang die Wehrmacht, der starke Polizeieinheiten und Formationen der SS-Verfügungstruppe, des Vorläufers der Waffen-SS, zugeteilt worden waren, in Österreich ein. SS-Kommandos unter Leitung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Heinrich

Himmler, waren auf dem Wiener Flughafen Aspern gelandet. Anhand vorbereiteter Listen begannen riesige Verhaftungsaktionen. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, berichtete, die in Österreich eindringenden SS- und Polizeieinheiten hätten bei allen Exekutivmaßnahmen freie Hand gehabt. Selbst in Fragen »über Tod und Leben« seien sie nicht an Gesetze gebunden gewesen.

Bundespräsident Wilhelm Miklas und Schuschnigg hatten den österreichischen Streitkräften befohlen, nicht zu schießen, und so den Eroberern kampflos den Weg nach Österreich geöffnet.

Am 13. März wurde das »Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« verkündet. Darin heißt es: »Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.« Der deutsche Faschismus hatte zum ersten Male einen unabhängigen Staat unterworfen. Die gloriose Kaisermetropole Wien wurde eine Provinzstadt des Deutschen Reiches. Nur vier Monate nach der Hoßbach-Besprechung war der erste Punkt des dort beschlossenen Aggressionsprogramms zur Eroberung »neuen Lebensraums« umgesetzt.

Der »Kurswechsel« der Berliner Faschisten hin zur offenen Aggression belegt, dass ihre österreichischen Verbündeten innenpolitisch nicht stark genug waren, ihnen das Land auszuliefern. Erst durch den Einmarsch der Wehrmacht erhielten die österreichischen Nazis die Möglichkeit, im Auftrag und unter Aufsicht der deutschen Herrscher ihre verbrecherische Politik zunächst gegen die eigenen Landsleute und später in den von der Wehrmacht überfallenen Gebieten zu betreiben.

Mit dem 12. März konnte der deutsche Imperialismus jene geostrategische Stellung gewinnen, die Österreich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts für ihn so attraktiv machte. Die Wehrmacht stand an den Grenzen Italiens, Jugoslawiens und Ungarns. Die Tschechoslowakei war von drei Seiten eingeschlossen. Göring forderte am 5. April 1938, von Österreich aus »muss die wirtschaftliche Erfassung des Südostraumes ausgehen«. Der inzwischen zum Reichsstatthalter für Österreich ernannte Seyß-Inquart meinte am 23. Januar 1939, von der errungenen Machtposition aus seien »die ganzen Ostfragen aufzurollen«.

Zur österreichischen Beute gehörten 1,323 Milliarden Reichsmark in Gold und Devisen. Bodenschätze, an denen es in Deutschland mangelte, sowie Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten kamen der deutschen Rüstung zugute. In großem Umfang gerieten österreichische Betriebe und Immobilien in »deutsche Hände«.

Die Eroberer errichteten mit Unterstützung österreichischer Nazis einen gewaltigen Repressionsapparat. Die Erfahrung aus fünf Jahren faschistischen Terrors in Deutschland kam in Österreich sofort zur Geltung. In kurzer Zeit wurden fast 70.000 Österreicher verhaftet, darunter 10.000 »Prominente« – Künstler, Gelehrte und Vertreter des Schuschnigg-Regimes. Tausende Menschen wurden ins Ausland, Hunderte in den Freitod getrieben. Zwischen dem 11. März und dem 31. Dezember 1938 wurden 79.000 Juden, das waren mehr als 42 Prozent der jüdischen Bevölkerung Österreichs, zur Auswanderung gezwungen.

Das erwähnte Manifest der KPÖ vom Juli 1938 geht auf einen weiteren Aspekt der deutschen Fremdherrschaft ein. Wie in Kolonialgebieten üblich, würden »Reichsbeamte unser Land (überfluten) und alle Kommandostellen in Staat und Wirtschaft, in Wehrmacht und Polizei, in Eisenbahn und Flugwesen (besetzen). Selbst Arbeitsvermittlung und Rundfunk wurden reichsdeutscher Leitung unterstellt.«

Um der Annexion einen legalen Anstrich zu geben, veranstalteten die Nazis am 10. April 1938 eine Volksabstimmung in Deutschland und Österreich. Zuvor wurden mehr als acht Prozent der Wahlberechtigten aus »rassischen« oder politischen Gründen von der Abstimmung ausgeschlossen. Das Wahlgeheimnis war nirgends gewahrt. Wer nicht offen abstimmte, geriet in den Verdacht, mit »Nein« stimmen zu wollen, der Gang in die Kabine wurde daher meist unterlassen. Selbst die Stimmzettel waren manipulativ gestaltet: Der Ja-Kreis war etwa dreimal so groß wie der Nein-Kreis. Eine den Österreichern bis dahin unbekannt Propagandawelle hatte das Land überflutet. Es gab Appelle an das gemeinsame »deutsche Blut« und soziale Versprechungen wie die Beseitigung der grassierenden Arbeitslosigkeit. Der allgegenwärtige Terror besorgte den Rest. Im Besitz aller staatlichen und medialen Macht, unterstützt von Wirtschaft und der katholischen Kirche in Österreich, seit fünf Jahren in solcherart Bekundung des Volkswillens geübt, gab es das gewünschte Ergebnis: Über 99 Prozent hätten mit »Ja«, also für die »Wiedervereinigung«, gestimmt, wurde gemeldet.

Folgenlose Proteste

Paris und London protestierten. Das Vorgehen wurde als Aggression bezeichnet. Man habe sich in Berlin nicht an die vereinbarten Regeln gehalten. Die deutsche Botschaft in London bemerkte allerdings, dass die Proteste nicht durch »irgendwelche Drohungen oder Forderungen auf Rückgängigmachung der neuen Lage« unterfüttert wurden.

Die Sowjetunion ging in einer Note an das Londoner Foreign Office vom 17. März auf die Gefahren durch die Tolerierung faschistischer Aggressionen ein. Mit dem Einfall in Österreich hätten die Faschisten »das österreichische Volk gewaltsam um seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit gebracht.« Die Appeasementpolitik ermutige in »fataler Weise zur Wiederholung und Mehrung solcher Fälle«.

In der Gewissheit, dass keine wirksamen Maßnahmen folgen würden, wiesen die Nazis die Proteste arrogant zurück. Die Maßnahmen seien eine innerdeutsche, ja eine »Familienangelegenheit«, bei der »ein Rat von dritter Seite unerwünscht« sei, hieß es in einem Telegramm der deutschen Botschaft in Washington vom 11. März 1938 nach Berlin.

Die Nazidiplomatie griff auf das Konstrukt zurück, Österreicher und Deutsche seien ein Volk, eine Kultur- und Sprachgemeinschaft und nur durch den unglücklichen Geschichtsverlauf seit 1806 in zwei Staaten aufgeteilt. Die Ein-Volk-Theorie war seit 1918 die entscheidende ideologische Komponente des vielfältigen Kampfes gegen die Entstehung und Festigung eines österreichischen Nationalgefühls und für den »Anschluss«.

Die österreichische Linke war seit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland, der sofort die Verwirklichung der seit langem geschmiedeten »Anschluss«-Pläne forcierte, der entschiedenste Gegner dieser Theorie. Die KPÖ verurteilte in einer Protesterklärung des Zentralkomitees vom 12. März 1938 den Einmarsch der Wehrmacht aufs schärfste. Der Nazifaschismus habe »mit militärischer Gewalt Österreich unter sein Joch gebracht«, um »seine Fremdherrschaft aufzurichten«. Noch nie in der Geschichte hätten die Österreicher mit den anderen deutschsprachigen Völkern in einem Staat zusammengelebt, heißt es in dem Manifest vom Juli 1938. Das österreichische Volk sei »nicht irgendein abgesplitteter Teil, sondern ein selbständiges Ganzes geworden«, das »seine staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung abseits vom Deutschen Reich vollzogen« habe. Die Nazis verfolgten das Ziel, die »selbständige staatliche und nationale Entwicklung« des österreichischen Volkes auszulöschen und eine »Zwangsverwaltung (...) durch land- und volksfremde Eindringlinge« zu errichten. Die Losung müsse daher lauten: »Sturz der Fremdherrschaft und Wiedererrichtung eines freien, unabhängigen, demokratischen Österreichs«.

Diese Linie wurde von den Alliierten in der »Deklaration über Österreich«, die am 1. November 1943 von den Außenministern der USA, der UdSSR und Großbritanniens veröffentlicht wurde, übernommen. Sie gilt als Magna Charta der Zweiten Österreichischen Republik. In ihr niedergelegt ist auch eine kritische Sicht auf die Rolle vieler Österreicher während der Nazierrschaft sowie eine Absage an alle Phantasien von Österreich »als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft«, wie es etwa heute im Programm der rechtspopulistischen Regierungspartei FPÖ heißt.

Martin Seckendorf, der heute seinen 80. Geburtstag feiert, wozu Redaktion und Verlag herzlich gratulieren, schrieb an dieser Stelle zuletzt am 16. Dezember 2017 über die Partisanenbekämpfung der Nazis im Zweiten Weltkrieg.

<https://www.jungewelt.de/artikel/328842.die-erste-annexion.html>